

mert, und es wurde ein Primat der Höheren Strategie begründet, der sich bei der weiteren Konsolidierung der Bundesrepublik und ihrer schrittweisen Integration in das westliche Verteidigungssystem ungünstig auswirkte.

Die deutsche Politik, getragen von den nationalen Aspirationen der Wiedervereinigungspolitik, geriet im Zuge des atomaren Patts zwischen den Primärmächten USA und Sowjetunion und der sich daraus entwickelnden defensiven Strategie in einen Zielkonflikt zwischen ihrer eigenen Politik und der der Allianz.

Im Rahmen eines Defensivbündnisses war für die offensive Komponente der bundesrepublikanischen Politik kein Platz. Die amerikanische »Pauschalgarantie« (S. 253) konnte auch durch die Anpassung der westdeutschen an die amerikanischen Interessen nicht erreicht werden, obwohl die BRD trotz erheblicher innenpolitischer Widerstände die Synchronisation der Verteidigungsplanung mit der der USA durchführte. Die defensive strategische Konzeption der Vereinigten Staaten in Europa führte zu einem Vorrang der Stabilisierungspolitik, die zu einem Abbau des ideologischen Konsensus führte, der seinerseits auf dem Antikommunismus basierte. Dormann sieht die Konsequenzen für die westdeutsche Militärstrategie in einem Abbau des Antikommunismus und der damit verbundenen offensiven politischen Komponente (S. 254). Der Autor zieht daraus nicht die naheliegende Folgerung, daß das die Aufgabe der Wiedervereinigungsforderung bedeutete.

Die weiterführende Beurteilung dieser Tendenzen und Entwicklungslinien ist im Augenblick noch nicht möglich, da hierzu die entsprechenden Quellen fehlen, wie der Autor eingangs seiner Studie (S. 27) betont. Die Arbeit von Manfred Dormann ist ein lesenswerter Beitrag zur westdeutschen Militärpolitik, wobei jedoch auf die ungenügende Analyse der Beziehungen zwischen Militärstrategie und Innenpolitik im Hinblick auf die gesellschaftlichen und politischen Implikationen hinzuweisen ist.

Kurt Schmitz

Wilfried von Bredow, Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit (= Sammlung junge Wissenschaft), Verlag Pahl - Rugenstein, Köln 1969, 172 S., kart., 28,50 DM.

Die Wehrverfassung der Bundesrepublik wird vom Leitgedanken getragen, den bewaffneten Teil der Exekutive mit in die demokratisch gestaltete und verwaltete Gesellschaft einzubeziehen. Dabei soll dem militärischen Organisationsprinzip von Befehl und Gehorsam nur soweit eine Bedeutung beigemessen werden, wie es der Dienstablauf in den Streitkräften erfordert. Wilfried von Bredow untersucht eine wichtige Nahtstelle zwischen der Gruppe Bundeswehr und anderen Gruppen der bundesrepublikanischen Gesellschaft, nämlich die Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte. Hierbei weist er an zwei Ereignissen - Nagold 1963 und Wehrbeauftragter Heye 1964 - exemplarisch bestehende Integrationsschwierigkeiten nach, wie sie sich aus traditionellen, organisatorischen und vor allem Demokratie mißverstehenden Gründen ergeben.

Der Autor, Reserveoffizier der Bundeswehr, zählt sich zu dem Zweig der Politischen Wissenschaft, die sich nicht nur »kritisch« nennt, sondern durch ihre Untersuchungen »[...] Anspruch auf soziale und politische Effektivität [...]« (S. 25) erhebt. Somit lehnt er bloße Theorienbildung ohne Praxisbezug ab, »denn die Politische Wissenschaft ist eine Integrationswissenschaft: sie soll auch Theorie und Praxis integrieren« (S. 151). Deshalb beabsichtigt der Autor, mit seiner praxisnahen Studie zugleich einen »Beitrag zur Theorie der modernen Demokratie« zu leisten.

In seiner Untersuchung dominieren Ausführungen über das theoretische und normative Verhältnis zwischen Demokratie und Öffentlichkeit. Die beiden Fallstudien über die öffentlichen Wirkungen der Nagold- und der Heye-Affäre werden mit dem dargelegten Demokratie-Verständnis gewichtet. Damit unternimmt der Autor den Versuch, »dem Phänomen der okkupierten Öffentlichkeit« (S. 35) entgegenzutreten; darunter versteht er die Manipulation von Informationen durch die Bundeswehr und infolgedessen die Unfähigkeit der Öffentlichkeit, Mißstände in den Streitkräften aufzudecken und sich für funktionale Reformen einzusetzen.

In diesem Sinne setzt der Autor auch den von Habermas verwendeten Terminus »vermachtet« mit seinem Adjektiv »okkupiert« gleich.

Da der Autor zunächst die Organisationsform der Gesellschaft behandelt, seien kurz seine wichtigsten Definitionen wiedergegeben. Für ihn »[...] ist Demokratie ein politischer und sozialer Prozeß, der darauf abzielt, politische und soziale Ungerechtigkeiten auf ein Minimum zu reduzieren, ja in großer Perspektive sogar: abzuschaffen.« (S. 28). Dieser Anspruch läßt sich – wie Bredow meint – nur dann erfüllen, wenn dem Öffentlichkeitsprinzip eine beherrschende Rolle zufällt. Diesem Prinzip sollen alle Gebiete des sozialen Lebens unterworfen werden, denn »öffentliche Kritik in der Demokratie muß auf alles und jedes gerichtet sein dürfen« (S. 33). In der kritischen Öffentlichkeit sieht Bredow idealtypisch eine ständige Kontrollinstanz, die durch konstruktive Beiträge die politischen und sozialen Realitäten zu beeinflussen sucht. In der gegenteiligen Haltung – Abstinenz gegenüber der Öffentlichkeit – sieht er eine Schwächung der Demokratie (S. 49).

Diesem etwas zu breit angelegten Einführungs-Kapitel folgen Betrachtungen über das Problem »Militär in der Demokratie«. Trotz des engen Zusammenhangs von Wehrverfassung und politischer Ordnung bleibt – wie der Autor meint – das Inkompatibilitätsprinzip von Befehl und Gehorsam als grundsätzliche Trennwand zwischen ziviler Gesellschaft und militärischer Institution bestehen. In einer sachlichen Öffentlichkeitsarbeit sieht er »ein demokratisch ›zulässiges‹ Mittel zur Überbrückung dieses nun einmal vorhandenen Spalts«, allerdings nur, solange sie demokratischen Ansprüchen genügt, d. h., solange sie »sachinformierende Aufklärung ist« (S. 52). Mit Hilfe von Transparenz der militärischen Apparatur und öffentlicher Anteilnahme an den Vorgängen in den Streitkräften meint Bredow eine Militarisierung der Gesellschaft verhindern zu können.

Wenn in unserer Gesellschaft das Postulat der kritischen Öffentlichkeit vertreten wird, dann darf – so folgert er – sich die Bundeswehr diesem Prinzip nicht entziehen, will sie sich als Teil dieser Gesellschaft begreifen. Das Postulat der kritischen Öffentlichkeit hat dann auch für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr zu gelten. Die Untersuchungen des Autors haben ergeben, daß zwar Zielsetzungen und Instrumentarium der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr mit den Forderungen einer modernen Demokratie übereinstimmen, aber »in diese neuen Schläuche oft abgestandener Wein gefüllt« worden ist! Diese Erscheinungen führen zu einer Abkapselung der Bundeswehr von der übrigen Gesellschaft und bergen die Gefahr »einer verkappten Indoktrination« (S. 76) in sich.

Der zweite Teil des Buches geht gründlich den Arten und Methoden der Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr nach, wobei sich der Autor als intimer Kenner des »Innenlebens« der Bundeswehr ausweist.

Dieser Analyse des Überbaus folgen eingehende Untersuchungen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr anlässlich der Vorfälle in der Ausbildungs-

kompanie 6/9 in Nagold 1963 und anlässlich des Alarm-Berichtes des damaligen Wehrbeauftragten Heye in einer Illustrierten 1964.

Am Fall Nagold wird untersucht:

- »1. Wie reagierte die Bundeswehrführung auf das Bekanntwerden?
2. In welchem Zusammenhang steht Nagold mit dem Stand der Diskussion und der Verwirklichung der Inneren Führung?
3. In welcher Richtung verlief die öffentliche Diskussion der Vorfälle?« (S. 87).

In der Schlußbetrachtung über die öffentliche Kritik und Würdigung der Vorfälle in Nagold zieht der Autor folgende Bilanz: »Bundeswehr und Öffentlichkeit hatten sich entfremdet. Allerdings ergaben sich daraus keineswegs die scheinbar logischen Folgen: die Öffentlichkeit wurde nicht wachsamer, kritischer; innerhalb der Bundeswehr selbst verstärkte sich eine ›Trotz-Einstellung‹.« (S. 93).

Die öffentliche Auseinandersetzung um den Wehrbeauftragten Heye wird vom Autor nach dem gleichen System untersucht. Dabei spricht er von einem »Fall« Heye, bei dem Nagold bereits ein vorgeschaltetes Symptom für den Verfall der Konzeption der Inneren Führung darstellt. Eine Funktionsanalyse des Deutschen Wehrbeauftragten im Parlamentarismus sowie ein Abriss der Jahresberichte der ersten drei Wehrbeauftragten schließen sich an. Der Fall Heye wird in seiner öffentlichen Darstellung im »Dreierverhältnis Staatsbürger/Staatsbürger in Uniform/Staatsführung« untersucht. Die Bilanzierung dieser Fallstudie sieht der Autor u. a. folgendermaßen: »Der Bundestag hat sich um die Argumente seines Hilfsorgans nicht gekümmert« (S. 109). Soweit die Legislative; und der Gesellschaft weist er nach, daß »die Bürger [zwar] sahen, wie Öffentlichkeit okkupiert wurde, aber sie wehrten sich nur schwach dagegen.« (S. 135).

Eine Therapie für die Kritikempfindlichkeit des Militärs und seines ständigen Versuchtseins, Indoktrinationsmaterial statt sachliche Informationen zu liefern, sieht der Autor zum einen in einer Überprüfung seiner drei Mechanismen zur »Verteufelung der Kritik« von seiten der Bundeswehr. Dabei handelt es sich um »die enge Gemeinschaft«, »den bösen Gegner« und »Volksgemeinschaft statt Kritik«. Zum anderen bringt er in seiner Schlußbetrachtung zwölf »Thesen zur kritischen Öffentlichkeit«, deren Inhalt auch auf die Bundeswehr Konsequenz haben und deren Reflexion eine Integration des Militärs in die kritische Öffentlichkeit gewährleisten könnten.

Dieses Buch sollte nicht nur bei Militärsoziologen und Politikwissenschaftlern Interesse finden; es gehört gleichermaßen in die Hände aller Presse- und Jugendoffiziere sowie in den Presse- und Informationsstab des Verteidigungsministeriums.

Wulf-Eberhard Liebau

Heribert Schatz, Der Parlamentarische Entscheidungsprozeß. Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im Deutschen Bundestag (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien, Bd. 1), Verlag A. Hain, Meisenheim 1970, 259 S., kart., 39,80 DM.

Die Literatur zum Parlamentarismus der BRD leidet bisher an dem Mangel empirischer Forschungen. Heribert Schatz hat mit seiner Untersuchung der Bedingungen der verteidigungspolitischen Willensbildung im 4. Deutschen Bundestag (1961 – 1965) einen wichtigen Beitrag zum parlamentarischen Entscheidungsprozeß und damit zur Rolle des westdeutschen Parlamentes im politischen System der Bundesrepublik vorgelegt.